

V1 Böllerverbot jetzt!

Gremium:	Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein
Beschlussdatum:	29.01.2023
Tagesordnungspunkt:	5. Anträge
Status:	Modifiziert

Antragstext

- 1 Der Landesparteitag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein möge
2 beschließen:
- 3 Jedes Jahr führen wir ab November eine Debatte um das Böllern an Silvester.
4 Während es in den vergangenen Jahren aufgrund der Corona-Pandemie zu einem
5 Verkaufsverbot für Böller und Feuerwerk kam, war der Kauf und das Abbrennen von
6 Feuerwerk dieses Jahr deutschlandweit fast überall wieder erlaubt.
- 7 Die Vorteile, die mit einem Verbot einhergehen, sind für uns klar: Die
8 Feinstaubbelastung ist geringer, es entsteht weniger Müll, es kommt zu weniger
9 Verletzungen für Tiere und Menschen und weniger Menschen müssen ihren Alltag
10 einschränken. Denn durch das Feuerwerk werden zahlreiche Menschen nicht nur an
11 Silvester, sondern auch Tage vorher belastet. Insbesondere für
12 Tierbesitzer*innen und Familien mit kleinen Kindern führt dies zu einer nicht
13 notwendigen Einschränkung. Außerdem kann die Geräuschkulisse vor allem für
14 Menschen mit Fluchterfahrungen oder demente Personen retraumatisierend wirken.
- 15 Deswegen setzen wir uns für ein deutschlandweites Böller- und Feuerwerksverbot
16 für Privatpersonen ein. Wir fordern die Landesregierung auf, im Rahmen ihrer
17 Möglichkeiten das Böllerverbot umzusetzen und ein Böllerverbot als
18 Bundesratsinitiative einzubringen.
- 19 Wir verurteilen die rassistische Debatte im Nachgang des letztjährigen
20 Silvesters auf Schärfe. Insbesondere erschreckt uns, wie offen diskriminierend
21 Teile der CDU/CSU und FDP aufgetreten sind. Wir setzen uns deswegen für mehr
22 rassismuskritische Bildungsarbeit und Aufklärung in Schleswig-Holstein ein.
23 Diese muss sowohl innerhalb als auch außerhalb des schulischen bzw.
24 universitären Kontextes kostenlos zugänglich sein. Aus mehreren
25 Debattenbeiträgen der letzten Jahre wissen wir, dass die schleswig-holsteinische
26 Bildungsministerin nicht genug Sensibilität für den Themenbereich
27 Diskriminierung besitzt. Deswegen soll die Zuständigkeit hierfür beim
28 Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und
29 Gleichstellung liegen.

Unterstützer*innen

Annabell Louisa Pescher (KV Flensburg); Stephan Wiese (KV Lübeck); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Martina Behrens-Krull (KV Kiel); Markus Winkler (KV Schleswig-Flensburg); Maren Utesch (KV Kiel); Bene Schwake (KV Kiel); Zoe Engel (KV Lübeck); Michael Klinger (KV Schleswig-Flensburg); Sonja Vogt (KV Pinneberg); Andrea Eva Dreffein-Hahn (KV Pinneberg); Torge Klein (KV Rendsburg-Eckernförde); Matthias Albig (KV Kiel); Daniel Stephen Kolmorgen (KV Kiel); Lea Reimann

(KV Rendsburg-Eckernförde); Louisa Wiethold (KV Kiel); Claudia Block-Giencke (KV Stormarn); Maik-Torben Kristen (KV Kiel); Dieter Dluzewski (KV Dithmarschen)